

Die Kriegsziele des Kanzlers.

Gegenüber dem fast allseitigen Verlangen nach grundsätzlicher Klärung über die Kriegszielpolitik der Regierung bleibt die halbamtliche Weisheit dabei, für den Reichskanzler unbedingtes — Vertrauen zu beanspruchen. So läßt sich die „Kölnische Zeitung“ aus Berlin melden, daß eine offizielle Kriegszielkundgebung unzweckmäßig sei. Was vom Reichskanzler über die Kriegsziele gesagt werden könne, seien lauter Binsenwahrheiten. Das übrige aber sei — Vertrauensfrage. Das Blatt bemerkt weiter:

Daß die deutsche Regierung nicht sozialdemokratisch-pazifistisch ist, braucht, dächten wir, nicht mehr ausdrücklich versichert zu werden, daß sie nicht napoleonische Eroberungsgelüste hat, steht ebenso fest. Soll sie beides heute noch einmal versichern? Jeder Vernünftige wird das für überflüssig halten. Daß ihr die Forderungen aller Parteien, aller Gruppen und Verbände deutlich vorgetragen werden, ist notwendig und nützlich. Darüber hinaus müssen wir vertrauen, schon deshalb, weil kein Fernstehender die Verhältnisse in diesem Kriege überblicken und gegeneinander abwägen kann.

Das Vertrauen aber, das so nach wie vor die Offiziösen und ihre Gefolgschaft für den Kanzler fordern, wird anderwärts verlagert. So schreibt die „Bosnische Zeitung“:

In dieser Woche wird der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten, um vom Kanzler darüber unterrichtet zu werden, wie er die Weltlage ansieht und in welcher Weise er die konservativen und die sozialdemokratischen Anfrage über die Kriegsziele zu beantworten gedenkt. Wir würden uns nicht wundern, wenn wir wieder kurz vor der Reichstagsitzung, in der der Kanzler das Wort nehmen will, eine Mitteilung über das Vertrauen lesen sollten, das der Bundesratsausschuß dem verantwortlichen Leiter unserer Reichsgeschäfte votiert hat. Aber so ganz sicher ist das diesmal nicht. Denn es scheint, als ob — von der Gesamtheit des Bundesrats ganz zu schweigen — auch in einzelnen derjenigen Staaten, deren Vertreter den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten bilden, wenigstens vorläufig noch die dauernde Weigerung des Kanzlers nicht verstanden wird, durch eine entschiedene Stellungnahme dazu beizutragen, die Verhältnisse im Osten zu klären. Darum handelt es sich jetzt einzig und allein. Nicht etwa um eine Enthüllung unserer gesamten Kriegsziele. Die Bedingungen, die wir verlangen, um mit der gesamten Entente Frieden zu schließen, können natürlich erst den Gegenstand der späteren Verhandlungen bilden. Und es fällt niemandem ein, etwa vom Kanzler irgend etwas Unkluges, Unpolitisches oder Vor-eiliges zu verlangen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird übrigens aus Berlin berichtet, daß zwar am Mittwoch der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu einer der Sitzungen zusammentritt, wie sie während des Krieges häufig stattgefunden haben, daß aber ein zeitlicher oder ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Zusammentritt dieses Ausschusses und der bevorstehenden Beantwortung der Interpellationen über die Kriegsziele durch den Reichskanzler nicht bestehe. Der Reichskanzler werde vermutlich, wie das von Anfang an angenommen worden ist, diese Interpellationen nicht vor der dritten Lesung des Etats beantworten.

Der „Vorwärts“ sieht nicht ein, warum der Kanzler seine Antwort auf die Kriegsinterpellationen noch verschieben will; er sagt:

Das verbündete Oesterreich-Ungarn hat bereits seine volle Zustimmung zur russischen Friedensformel ausgesprochen, und Herr v. Bethmann hat in dem besagten Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ vom 15. April wenigstens so getan, als wollte er dergleichen tun. Auf was wartet Herr v. Bethmann noch? Jetzt eine offene mutige Erklärung im Sinne der russischen Friedensformel, dann stehen drei Reiche auf ihrem Boden zusammen: Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn! Wie lange wird das im Grunde pazifistische Amerika, wie lange werden Italien, England, Frankreich dieser Propaganda widerstehen können, zumal auch ihre Völker unter dem Kriegselend entsetzlich leiden?

Ist es wahr — wie wir annehmen — daß uns „nicht Eroberungslust treibt“, dann ist der Augenblick der Entscheidung da. Ist es wahr — wie wir annehmen — daß wir einen Verteidigungskrieg führen, dann muß jetzt mit beiden Händen zugegriffen werden!

In parlamentarischen Kreisen wurde schon Ende der letzten Woche erzählt, daß der Kanzler die Kriegsziel-Interpellationen gar nicht persönlich, sondern durch Staatssekretär Dr. Zimmermann beantworten lassen werde.